

# Vossische



# Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabnahme sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeithilder“ und „Literarisches Umschau“. Mittwoch: „Reise und Wanderung“. Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1,- Mark. monatlich 4.80 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm Zelle 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm Zelle 30 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag: Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw. Redakteur: m. Ass. d. Handeltreib.: Carl Mich. Berlin. Uavert. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postfach-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs 17 3600-3666, für den Fernverkehr: Amt Dönhofs 3686-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

## Neue Vorschläge im Kabinett

## Kritik am Reichstag

### Aber noch kein Beschluss

Die gestrige Sitzung des Reichskabinetts, in der die Entwürfe erneut besprochen wurden, ging nach zweistündiger Dauer zu Ende. Das wichtigste Thema waren wieder die hart umkämpften Streitigkeiten über die Arbeitslosen-Versicherung. Es sind neue Vorschläge zur Klärung gefasst worden, zu deren Berücksichtigung die Veränderung geltender Gesetze notwendig wäre und die Genehmigung bestimmter Kabinettsrats an die Regierung.

Beschlüsse werden nicht gefasst, da eine Einigung noch nicht erzielt werden konnte.

### Rettelndes Kompromiß gefunden?

Von anderer Seite erfahren wir über den neuesten Vorschlag Moltenbachers zur Gestaltung der Arbeitslosenversicherung folgendes:

Zur Deckung der notwendigen 100 Millionen ist erstens die Ausweitung der Reichsrenten für Arbeitslosenversicherung vorgeschlagen, d. h. die Ermäßigung zur Beitragszahlung um ein Viertel u. s. v., wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Vermaltung sich darüber einigen. Durch eine solche Maßnahme würden 70 Millionen mehr eintommen. Der Restbetrag von etwa 30 Millionen soll aus dem Referendums der Rent für die Zukunftskontingenten entnommen werden. Da ein Inkursivierbau der Substanzbelastung vorgesehen ist und die Rent in absehbarer Zeit rückfällig wird, wäre die Verminderung ihres Referendums schon jetzt nicht unangebracht.

## Bomben und Revolververfugeln

### Der Mazedonierhaß fordert neue Opfer

Belgrad, 4. März | Ullstein-Nachrichtendienst

Die Stadt Biot in der jugoslawisch-bulgarischen Grenze war gestern der Schaulapf eines folgenschweren Bombenattentats, durch das insgesamt 26 Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Als gegen 10 Uhr abends die Bombenstöße hart beendigt waren, waren zwei unbestante Männer zwei Bomben durch das offene Fenster in das Schlafzimmer des Hotel National. Zwei andere Bomben explodierten hier in die auf der Straße spazierengehende Menschenmenge. Die Explosion der vier Bomben verursachte eine ungeheure Panik, die es den Attentätern ermöglichte, unerkannt zu entkommen.

Durch die Bomben wurden 9 Personen, die sich im Schlafzimmer befanden, und 16 Personen auf der Straße vermerkt. Unter ihnen befinden sich auch mehrere Frauen. Von den Verwundeten mußten 8 mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die übrigen Verletzten konnten sich in häuslicher Pflege begaben. Einer der Schwerverletzten ist heute noch gestorben.

Allen Anzeichen nach handelt es sich um ein Attentat mazedonischer Revolutionäre, die den 21. Verzugeln, die längst ausstehende gemeinsame jugoslawisch-bulgarische Vereinbarung zu führen und die Beziehungen der beiden Staaten wieder zu verfesten, da eine Verhängung der beiden Staaten die Existenz des mazedonischen Revolutionskomitees bedroht und seiner Tätigkeit den Boden entzieht.

### Verläßt Margerie Berlin?

Paris, 4. März | Ullstein-Nachrichtendienst

Der französische Vizekonsul in Berlin, die Margerie, trägt sich bereits seit längerer Zeit mit Rücktrittsabsichten. Nach einem in den parlamentarischen Einflüssen aktualisierenden Überblick, das jedoch nicht befristet ist, soll Exzellenz für die Reueisierung dieses Postens dem Abgeordneten Fennelly bestimmte Folgen gemacht haben.

Fennelly, der bereits dem ersten Kabinett Tardieu angehört hat, ist einer der wenigen Vizekonsuln, die in der vergangenen Woche dem Kabinett Chautemps in den Willen gefallen sind.

Daß Tardieu ihn bei der Konstitutionierung seines neuen Kabinetts übergegangen hat, hat um so größere Ueberraschung ausgeübt, als

in einer stillschweigenden amtlichen Mitteilung heißt es, daß das Attentat auf die Bahngesellschaft nicht durch verfehlte Kommissoren begangen wurde.

Die Stadt Biot ist die verlegte jugoslawische Bahnstation der Strecke Niß-Sofia. Dort begannen auch die Verhandlungen, die von der jüngst abgeschlossenen jugoslawisch-bulgarischen Verständigung führten, bei der die seinerzeit zustande gebrachte Konvention revidiert wurde.

Sofia, 4. März | Ullstein-Nachrichtendienst

Als heute mittag der bekannte Schriftsteller und Journalist Wolf Pundeff mit einem Bageliter nach Hause ging, empfand er drei unbestante Männer auf der belebten Gehsteigstraße einen Revolververzug gegen die beiden. Von Kopfschüssen getroffen, sanken Pundeff und sein Bageliter tot zu Boden.

Die Polizei konnte drei Männer verhaften, die die Tat auch eingestanden. Sie sind erst kürzlich nach Sofia gekommen, um im Auftrage des Mazedonierführers Michailoff den unbestimmten Ögner zu befehligen. Pundeff war zwar Bulgare, setzte sich aber lange mehr für die mazedonische Bewegung ein. Er war zuletzt Oberkonsul der Bulgaren in „Wander“. Da er kürzlich gegen Michailoff Stellung nahm, hatte er in den letzten Tagen zahlreiche Drohbriefe erhalten, doch änderte er seine Haltung nicht. Pundeff hat in Deutschland studiert und zahlreiche deutsche Werke ins Bulgarische überetzt, u. a. den „Don Carlos“.

Fennelly dem Ministerium die wertvolle Unterstützung der beiden einflussreichen Einflüsterer „Deuvere“ und „Quotidin“, deren Romanität er ist, fisiert.

### Amerikas Anteil an der B. S. Z.

New York, 4. März | Ullstein-Nachrichtendienst

Der amerikanische Anteil an der Rent für internationale Zahlungen wird, wie heute in Wallstreet bekannt wurde, allein von den Bankhäusern Morgan und der First National Bank in New York und in Chicago übernommen. Andere Bankgruppen werden an dem amerikanischen Anteil nicht beteiligt. Die drei Weltkriege - Käufer dürfen zwar privatim Einzelgängen ihren Geschäftsvermögen überlassen, aber eine öffentliche Aufhebung ist nicht geplant.

Von Prof. Dr. Hermann Hummel,

Mitglied des Reichstags, Badischer Staatspräsident a. D.

Während der Arbeitung dieses Reichstagsantrags hat Dr. Pöhlhoff von einer „Arbeitslosenrente“ als Reichstagsmitglied gesprochen. Wir haben an Dr. Pöhlhoff die Frage gerichtet, ob er darüber Beobachtungen gemacht habe.

Auch der größte Freund parlamentarischen Lebens muß festhalten, daß die Praxis des Reichstags in den vergangenen zehn Jahren der Kritik breite Angriffspunkte dargeboten hat. Es konnte daher nicht ausbleiben, daß Anträge der Parlamente, vor allem des Reichstags, sich im Volk stark vermindert hat. Der Reichstag hat aber bisher selbst keine sichtbaren Schritte getan, um seine Lage in der öffentlichen Meinung zu verbessern. Es ist daher verhängnisvoll, daß die vorzunehmende Verhinderung, an Umfang immer zunehmend, sich zu einer Bewegung gegen den Parlamentarismus überhaupt auszuweiten fähig. Wenn nun auch die Selbstüberhebung monarchischer oder falschlicher Kreise wieder in den Reichstagen der Reichstags nicht in der Gegenwart eine Rechtfertigung anderer politischer Systeme nachweisen kann, dürfen die Freunde des Parlamentarismus nicht länger die Augen geschlossen vor der wachsenden Abneigung großer Volkskreise gegen das parlamentarische Leben. Es ist in auch im Interesse der parlamentarischen Vertreter der antiparlamentarischen Parteien gelegen, zu verhindern, daß die in Folge der etwaigen Abschaffung des Reichstags der Möglichkeit beraubt werden, an den wachsenden „Unfrüchten des parlamentarischen Lebens“ ihren Anteil einzuliefern.

Der Reichstagsman in verlichem Ehrgelz leitender Gnubs, die breiten Gemeinplätze gewisser Kreise widerständiger Unteroffiziere unterliegen, kann nicht die Gedulde, daß dieser deutsche Parlamentarismus unbestät durch alle Gräfte der schwankebenen öffentlichen Meinung unserer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung eine aufsteigende Richtung gefunden hat. Um so mehr lohnt es sich aber, einmal auszusprechen, daß an der Stellung und Tätigkeit des einzelnen Abgeordneten (sowohl als auch der Fraktionen, als auch des ganzen Reichstags) sich Abhilfe herausgestellt haben, die einer Neubearbeitung bedürfen. Auch in dieser Beziehung konzentrieren sich die Klagen gegen die Politik mehr und mehr gegen den Reichstag selbst, so daß in vielen Kreisen der Glaube an dieses Parlament überhaupt verlorengegangen ist. Das Interesse an den parlamentarischen Verhandlungen, an der Bekämpfung der fenographischen Verträge hat abgenommen, weil auch hier das Persönliche hinter dem Kollektiven völlig verschwinden ist.

Wir kommen damit zu einem Hauptfaden. Der Abgeordnete als einzelner hat seine Stellung zugunsten der Fraktionen und gewisser Fernerungkreise stark eingeengt. Die Wirkung, die der Reichstag als Ganzes dem einzelnen entgegenbringt, ist beispielsweise so minimal, daß die persönliche Berührung des Abgeordneten, er sei wegen Krankheit an der Teilnahme an den Verhandlungen verhindert gewesen, durch ein kräftiges Zeugnis für den Fall ersetzt werden muß, daß der Abgeordnete Anspruch auf Tagelohn erhalte. Es wird also hier ein Interferenz zwischen der Glaubwürdigkeit eines Abgeordneten und eines beliebigen Arbeiters gemacht, der zeigt, daß die Ansicht, es handle sich bei jedem Abgeordneten um einen Gentleman, vom Reichstag selbst in diesem Punkte nicht geteilt wird. Dieser Ruf kann aber wieder hergestellt werden, wenn die einzelnen Abgeordneten selbst ihrer Rolle eine etwas andere Auffassung zugrunde legen.

Es müssen allerdings darin unterfchieden werden von den Wählern, deren Ansprüche Grund sehr erheblich Mäßigkeit bieten. So ist es z. B. ein Mißbrauch, sich der Abgeordneten zur Erreichung gewisser persönlicher oder wirtschaftlicher Zwecke zu bedienen zu versuchen. Es wird in diesem Zusammenhang mit einem gewissen Absichtswort von der Fraktion gesprochen, die beim Lage, daß Abgeordnete, die sich in geborenen wirtschaftlichen Stellungen befinden, einen unzulässigen Einfluß ausüben. Demgegenüber muß behauptet werden, daß die Zahl der Abgeordneten, die im Auftrage von althergebrachten aus der Wählerkraft die Aemter mit Ansehens- und Förderungswünschen überlassen, nicht gering ist, daß in aller Wiederkeit im Interesse von Wählerkreisen oder Prozeßgegnern des Staates Wählern